

Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen e.V.  
Bochum, 10.08.2021  
**Pressemitteilung 11/2021**

### **Gemeinsamer Aufruf: Keine Abschiebungen nach Afghanistan!**

In Afghanistan vergeht kaum ein Tag ohne Anschlag. Seit dem Abzug der NATO-Truppen sind die Taliban auf dem Vormarsch: über die Hälfte der Bezirke in Afghanistan steht schon unter Kontrolle der Taliban. Die dritte Welle der Covid-19-Pandemie verschärft die humanitäre Situation im Land zusätzlich. Die Lage am Hindukusch ist dramatisch und wird sich aller Voraussicht nach weiter verschlechtern.

#### **Ein Stopp aller Abschiebungen nach Afghanistan ist vor diesem Hintergrund dringend geboten.**

Die afghanische Regierung hat bereits im Juli die europäischen Staaten aufgefordert, vorläufig keine Abschiebungen mehr durchzuführen. Norwegen, Finnland und Schweden sind dieser Aufforderung nachgekommen. Auch die Grenzschutzagentur Frontex hat Anfang August bekanntgegeben, keine Abschiebungen nach Afghanistan mehr unterstützen zu wollen. Zudem hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einer Eilentscheidung am 2. August eine Abschiebung aus Österreich nach Kabul, die ursprünglich gemeinsam mit Deutschland stattfinden sollte, mit Verweis auf die dortige Sicherheitslage gestoppt.

#### **Auch Deutschland darf die Augen vor der sich immer weiter verschlechternden Lage in Afghanistan nicht verschließen und muss alle Abschiebungen einstellen.**

Rechtsstaat heißt, dass menschenrechtliche Prinzipien eingehalten werden. Sie dürfen auch nicht in einem Wahlkampf zur Verhandlung gestellt werden. Das völkerrechtliche Nicht-Zurückweisungsgebot, das aus dem absoluten Folterverbot abgeleitet wird und das Abschiebungen bei zu erwartenden schwersten Menschenrechtsverletzungen verbietet, gehört hierzu. Dieses Abschiebungsverbot gilt unabhängig von individuellem Verhalten.

#### **Aufruf unterzeichnet von**

AG Migrationsrecht im Deutschen Anwaltverein  
Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT-Deutschland)  
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)  
Amnesty International  
AWO Bundesverband  
Brot für die Welt  
Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer - BAfF e.V.  
Bundesweite Bündnis gegen Abschiebungen nach Afghanistan  
Deutscher Caritasverband  
Diakonie Deutschland  
Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland  
KOK - Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.  
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.  
Landesflüchtlingsräte  
medica mondiale e.V.  
medico international  
MISEREOR  
Neue Richtervereinigung e.V.

Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V.  
Oxfam Deutschland  
PRO ASYL  
Republikanischer Anwältinnen - und Anwälteverein e.V. (RAV)  
Seebrücke  
terre des hommes Deutschland e.V.  
Women's International League for Peace and Freedom (WILPF)  
YAAR e.V.

Für eventuelle Rückfragen stehen wir unter der angegebenen Telefonnummer zur Verfügung.

**Birgit Naujoks**, Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen e.V.

Geschäftsstelle des  
Flüchtlingsrats NRW e. V.

Wittener Straße 201  
D-44803 Bochum  
Tel.: 0234/5873156  
Fax: 0234/58731575  
info@frnrw.de  
www.frnrw.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft, Köln  
IBAN:  
DE83370205000008054100  
BIC: BFSWDE33XXX